

**"Humboldt international. Der Export des deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert". Eine Tagung des Historischen Instituts der Universität Bern in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte**

von Marie-Luise Bott, Berlin

An den Anfang stellte Rainer C. Schwinges, Mediävist an der Universität Bern und Tagungsleiter, ein souveränes biographisches Paradox: Wilhelm von Humboldt (1767-1835) hat nur vier Semester kursorisch Jura, Philosophie und alte Sprachen gehört, hat nie ein Examen abgelegt und nie an einer deutschen Universität gelehrt. Er besaß eine erlesene Bildung durch Hauslehrer, reiste (Paris 1789), verkehrte mit anregenden Außenseitern des akademischen Betriebs wie Schiller in Jena und wußte sich im übrigen in sozialem Verantwortungszusammenhang. Als er 1809 für nur 12 Monate Direktor der Sektion Kultus und Unterricht im liberalen Preußen wurde, gab er seiner Bildungsidee in Schulreform und Universitätsgründung zu Berlin - unterstützt von Schleiermacher, Savigny u.a. - jene Form, deren Leistungskraft und internationale Ausstrahlung bis heute fort dauert. Hinzu kommt das Paradox der klassischen Bildungsidee und des Universitätsmodells selbst: Freiheit und Einsamkeit des Forschens, aber in Gemeinschaft mit Gleichaltrigen und Lehrenden; Autonomie der Universität nach innen, aber Abhängigkeit nach außen nicht zuletzt als Ausbildungsstätte für Brotberufe; Wissenschaftsfreiheit unter staatlicher Aufsicht.

In diesen Spannungsfeldern bewegten sich die Vorträge der fünf Tage in Sigriswil am Thuner See. Rund 40 Wissenschaftshistoriker aus neun Ländern verband dank der Mischung aus den Großen des Faches und hervorragenden Nachwuchswissenschaftlern ein ergiebiges Gespräch. Erst in der Krise der deutschen Universitäten am Anfang des 20. Jahrhunderts war zur Legitimierung erneuten Wandels und eines neuen nationalen Aufschwunges identitätsstiftend vom "Modell Humboldt" die Rede. Und wenn die Tagung auch überwiegend an der Dekonstruktion dieses Mythos' arbeitete, erwies sich die Gründungsidee Humboldts und seiner Zeitgenossen doch als etwas so Bleibendes von Substanz wie das Alpenpanorama am jenseitigen Seeufer.

Ein erster Fragenkomplex galt dem Übergang von der vorklassischen zur klassischen Universität Humboldts und ihrer Bedeutung innerhalb Deutschlands. Peter Moraw (Gießen) sah die Berliner Gründung weit mehr in einer Kontinuität denn als Zäsur. Der glanzvolle Einstieg deutscher Universitäten im Mittelalter und ihre Geschichte im Alten Reich prägte Humboldts Universitätskonzeption in wesentlichen Zügen. So übernahm Berlin das tradierte Vier-Fakultäten-System, obwohl es Alternativen gab, etwa das Pariser Modell der Spezialschulen. Wenn man sich aber nach dem militärischen Zusammenbruch Preußens in den napoleonischen Kriegen erstmals für die Hauptstadt auf eine andere Macht, auf Bildung und Wissenschaft besann, so leuchtete es nur ein, sich darin Frankreich gegenüber abzugrenzen und den Wandel eigener Traditionen anzustreben. Auch in der Wahl der Metropole als Wissenschaftsstandort sah Moraw noch keine Zäsur. Preußen folgte darin Paris oder Wien doch nur sehr spät nach. Die Vielfalt der Optionen aber, die sich Wissenschaftlern nun bei Hof, Regierung, Akademie und Universität boten, und die Qualität der Neuberufungen verliehen Berlin bald wachsende Attraktivität gegenüber dem bis dahin führenden Göttingen.

Rüdiger vom Bruch (Berlin) rief Gründungsmomente der Friedrich-Wilhelms-Universität in Erinnerung. Die staatlichen Überlegungen für Berlin zielten um 1800 nicht etwa auf eine Universität, die als im Zunftwesen erstarrte Professorenkorporation eher für ein Auslaufmodell

Universität, die als im Zentrum stehende Professorenkorporation eher für ein Ausnahmestudium galt, sondern auf eine "allgemeine Lehranstalt" zur berufspraktischen Ausbildung für den Staatsdienst. Erst als Preußen nach der militärischen Niederlage 1806 die meisten seiner Universitäten abhandeln kamen, dachte man an eine Universität in Berlin, das bereits Sitz einer Akademie war. Eine Gemeinschaft von Universität und Akademie war an sich nicht neu. In Göttingen gab es sie schon lange. Das Neuartige lag für vom Bruch aber in Humboldts Verbindung der Akademie - ihren Forschern, Bibliotheken und Sammlungen - mit der Universität zu einer Stätte von Forschung und Lehre gleichermaßen. Im Verein mit einer staatlich geleiteten Berufungspolitik sah er hier den Anfang zur modernen Forschungsuniversität gemacht. Geprägt wurde sie von einer ebenso neuen, von Kant, Schiller und Schelling beeinflussten Idee von Wissenschaft als ungeschlossenen Forschungsprozess, als "geselligem Arbeiten" zwischen Lehrenden und Lernenden in akademischer Freiheit, aus der sich der Staat so weit als möglich herauszuhalten hatte.

Ganz anders der Befund von Sylvia Paletschek, die in Tübingen soeben eine Arbeit über "Die permanente Erfindung einer Tradition. Zur Sozial- und Institutionengeschichte der Universität Tübingen 1870-1933" abschloß. Ihre quellennahe Untersuchung der Frage "Verbreitete sich ein Humboldtsches Modell an den deutschen Universitäten?" kam zu dem Schluß: Es gab kein "Humboldtsches Modell", also verbreitete es sich auch nicht. Sie stützte ihrerseits Peter Moraws Kontinuitätsthese. Die Zeitgenossen sahen in der Berliner Universitätsgründung keine Zäsur, sondern die Bestätigung jener Neuerungstendenzen um 1800, für die Halle und Göttingen Vorbild waren. Mit ihren Statuten, den vier Fakultäten, dem Prüfungsrecht folgte die Universität Berlin allgemein deutscher Tradition. Ein eigenes Wissenschafts- oder Humanitätsmodell, so Paletschek, besaß sie nicht. Und die Finanzierung als dotierte Staatsanstalt folgte den Beispielen Göttingen und Halle. Kurz, die Neugründung Berlin stand "als erste unter Gleichen".

Eine Besonderheit war allerdings der Standortfaktor Hauptstadt in enger Verklammerung mit dem Staatsleben. Die Eingriffe des Kultusministeriums bei der Lehrstuhlbesetzung sorgten für ein Aufbrechen des alten Korporationswesens. Die Verbreitung einer besonderen Berliner Wissenschaftskultur auf diskursiver Ebene läßt sich jedoch nicht nachweisen: Wilhelm von Humboldt wird in den Handbüchern und Lexika des 19. Jahrhunderts zu Universität und Wissenschaft nicht angeführt, wohl aber die historische Entwicklung eines *deutschen* Modells beschrieben.

Das änderte sich ab 1900. Jetzt erst wurde Humboldts Schrift "Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin" (1809) ediert. Sie traf in der Umbruchssituation der Universitäten auf starke Resonanz. Zudem begründete das Berliner Jubiläum 1910 eine besondere mythenstiftende Tradition. Im Rückblick hieß es nun, der preußische Staat habe seine "nationale Aufgabe" in der Gründung der Universität Berlin erfüllt. Eine neoidealistische Aufwertung der Geisteswissenschaften schlug sich in Schriften zur überzeitlichen Idee von Wissenschaft und Universität nieder. Diese "Wesen und Gestalt"-Arbeiten, so Paletschek, initiierten den "Mythos Humboldt" und wurden seither als historiographische Standardwerke rezipiert, während noch einmal neu hinter sie zurückzugehen wäre. Damit fand sich wieder in Übereinstimmung mit Rüdiger vom Bruch.

Harm-Hinrich Brandt (Würzburg) wies auf eine fatale "Humboldtsche Lücke" hin. Während die Berliner Reformen so etwas wie die Befreiung des Forschungsinteresses der Professoren waren, blieben die Studenten, die ja auch berufsbildend lernten, stärkeren Spannungen ausgesetzt. Von jeder Propädeutik befreit, lag das Studium nun, nach Humboldts liberalem Menschenbild, ganz in ihrer Eigenverantwortung. Brandt sah aber ein Defizit des Humboldtschen oder vielmehr deutschen Universitätskonzepts darin, das ungeschlossene Entwicklungsstadium der Studierenden nicht zu berücksichtigen und sich aus jeder Erziehungsaufgabe zurückzuziehen. Das schuf Freiraum für eine eigentümliche studentische Subkultur in Deutschland und letztlich

tur eine antiliberale Tradition. In Burschen- und Landsmannschaften wurde ein militarisiertes soziales Verhalten gepflegt und zur Führungsqualität erhoben, das von anderen europäischen Entwicklungen abwich und sich schließlich in deutschem Nationalismus und Antisemitismus ausprägte.

Resümierend hielt Wolfgang Hardtwig (Berlin) bei aller Kontinuität der Traditionen doch an der Neuartigkeit des Berliner Universitätskonzepts fest: "Die *Idee* von Wissenschaft war entscheidend." Sie führte zur Aufwertung der Philosophie und einer neuen Selbststilisierung der Professoren. Natürlich blieb kritisch zu fragen, ob sich erst um 1850 Forschung an der Universität durchsetzte und vorher dort etwa nicht existierte. Den Beginn des "Mythos Humboldt" vermutete Hardtwig allerdings schon um 1870: Preußen war Vorbild für die kleindeutschen Universitäten. Daß dieser Mythos nach Industrialisierung und Erstem Weltkrieg, im Aufkommen der Massenuniversität und bei beschleunigter Ausdifferenzierung der Fächer für einen neu geltend gemachten Bildungsanspruch in der Hochschuldebatte instrumentalisiert wurde, wertete Hardtwig aber als "kein schlechtes Zeichen für Wilhelm von Humboldt."

In den Sektionen "Humboldt in Europa" und "in Übersee" konnte entgegen des Tagungstitels weder von "Export" noch vom Transfer eines ganzen "Universitätsmodells" die Rede sein. Wenn überhaupt, so ging es um die Selektion und Integration einzelner Elemente in bestimmte nationale und politische Kontexte hinein. Zunächst aber waren Differenzen, ja Unvereinbarkeiten des deutschen Modells mit Frankreichs und Englands Traditionen festzustellen. Für das englische College-System, befand Marc Schalenberg (Berlin), war Humboldts Universitätskonzept niemals relevant. England rezipierte Humboldt lediglich als Sprachforscher und "Bruder des bekannteren Alexander." Auch Walter Rüegg (Bern) erledigte sein Thema humoristisch knapp: "Berührungen Frankreichs mit Humboldt? Bis 1968 keine." Er skizzierte jedoch, wie Paris die besondere Rolle der Altphilologie in Humboldts Bildungskonzept und ihre von August Böckh und Franz Bopp geprägte Berliner Schule der historisch-vergleichenden Sprachforschung rezipierte.

Am Beispiel Hollands oder Ungarns zeigte sich, wie Universität als nationales System auch zur Selbstbehauptung gegenüber anderen Nationen fungierte. László Szögi, Direktor der Universitätsbibliothek Budapest, schilderte den kurzen Kampf um die Institutionalisierung akademischer Freiheit und nationaler Autonomie in Ungarn nach 1848. Im übrigen war es die hohe Studentemigration, die Kenntnis über das deutsche Universitätsmodell nach Ungarn vermittelte: Fast 15.000 Studenten besuchten von 1789 bis 1867 deutsche Hochschulen, wobei Göttingen seinen bevorzugten Platz erst 1890-1919 an Berlin abtrat.

Der Direktor des Moskauer Akademie-Instituts für wissenschaftliche Information in den Sozialwissenschaften, Jurij Pivovarov, meinte noch am ehesten am Universitätsstatut von 1863 einen Einfluß Humboldtscher Ideen nachweisen zu können. Es war das liberalste, das im autokratischen Rußland, beraten von westeuropäischen Gelehrten, je zustandekam. Und doch, so ist entgegenzuhalten, garantierte es weder die elementarste Lehr- und Lernfreiheit noch Autonomie im Innern. Eine Übertragung wesentlicher Elemente des klassischen deutschen Universitätskonzepts fand nie statt. Es existierte als reale Kontrasterfahrung einzelner russischer Gelehrter im Ausland - und hier hatte bis 1890 Göttingen den Vorrang - und als nicht vermittelbares Wunschbild in der Autokratie.

In Übersee traf das deutsche Universitätskonzept auf Kolonialgeschichte und Nationenbildung und wurde Teil einer interkulturellen Begegnungs- und Inkorporationsgeschichte. Steven Turner (Fredericton, Kanada) berichtete über den Einfluß des deutschen Modells auf die amerikanischen "graduate schools" Ende des 19. Jahrhunderts. Vermittler waren auch hier die rund 10.000 amerikanischen Gaststudenten an deutschen Universitäten zwischen 1815 und 1914, von denen ein Teil zum "Stoßtrupp" der amerikanischen Universitätsbewegung nach dem

Bürgerkrieg wurde. Besonders bei Neugründungen wie der Johns Hopkins Universität in Washington machte sich der deutsche Forschungsimperativ geltend. Trotz des ähnlich dezentralisierten, auf Konkurrenz angelegten Hochschulsystems war der gesellschaftliche Kontext Amerikas aber so anders, daß Humboldts Idee der Einsamkeit beispielsweise dem amerikanischen Begriff von Universität im Dienste der Gesellschaft diametral widersprach. So gab es zwar deutschen Einfluß auf die kulturelle Bedeutung von Forschung und die Entwicklung der "graduate studies", bestimmender aber blieb die inneramerikanische Dynamik.

Im Bewußtsein, daß sein eigenes Bildungssystem ausgedient hatte, richtete das sich modernisierende Japan der Meiji-Regierung seinen Blick nach Westeuropa. Die Gründung der Universität Tokio 1877 geschah unter Einbeziehung verschiedener europäischer Hochschulelemente. Aber die Juristische und die Medizinische Fakultät wurden, wie Masahide Miyasaka (Nagasaki) schilderte, komplett nach Berliner Vorbild eingerichtet, die Medizin sogar unter zwei preußischen Militärärzten und mit Deutsch als Unterrichtssprache. Aus staatspolitischen Gründen wurde ein zweckrationales Studium zur raschen Aneignung modernster europäischer Wissenschaft vorangetrieben. Kritik am Fehlen jeglicher akademischen Freiheit wurde erst 1898 in Japan öffentlich laut und führte zu einer Verwissenschaftlichung. Die Diskussion erhob die Frage, wie bei der verständlichen Dominanz des Modernisierungsanspruches gegenüber der Forschungsidee in den gleich als Fakultät eingeführten Humanwissenschaften überhaupt gearbeitet wurde.

Für Peking gab es in Cai Yuanpei eine besondere Vermittlerfigur des deutschen Universitätsmodells, wie Hongjie Chen (Peking) berichtete. Er ging 1907 nach Berlin, wo er Friedrich Paulsens "System der Ethik" und "Das deutsche Bildungswesen" ins Chinesische übersetzte. Bis 1911 studierte er in Leipzig Geschichte und Philosophie. Nach dem Sturz der Mandschu-Dynastie kehrte Cai Yuanpei nach Peking zurück, wurde erster Bildungsminister der Republik und 1916 Rektor der Universität. Diese "verknöcherte Beamtenschule" reformierte er im Bewußtsein der national tragenden Rolle von Wissenschaft zu einer radikal Philosophischen Fakultät. Nach den Prinzipien von Lehr- und Lernfreiheit, Forschung und Lehre errichtete er an ihr Institute für chinesische Kultur, ausländische Literatur, Wirtschaft und Recht sowie für Naturwissenschaften. Mit seiner Distanz zum staatlichen Zweckutilitarismus und dem Ideal einer freien Wissenschaft zur Persönlichkeitsbildung blieb Cai Yuanpei jedoch eine Ausnahmefigur in der chinesischen Gesellschaft und war unter den Kommunisten seit 1926 Tabu. Dient die Beschäftigung mit ihm in Peking heute einer Bestätigung des status quo?

Die letzte Sektion wandte sich "Humboldt und den Disziplinen" zu. Der Forschungsimperativ beschleunigte ihre Binnenentwicklung. Grundvoraussetzung für die Emanzipation der Einzelwissenschaften war aber die legale Verankerung der Idee von Wissenschaftsfreiheit. Sie stand immer in Beziehung zur allgemeinen Meinungsfreiheit im Staat und im Spannungsverhältnis zu den kirchlichen Dogmen. Rainer A. Müller (Eichstätt) verfolgte die Genese der Wissenschaftsfreiheit vom frühen 18. Jahrhundert (Spinoza, Gundling, die Göttinger Statuten 1737, Kant) über Wilhelm von Humboldts Berliner Denkschrift 1809 und die Vormärz-Debatte, die in Göttingen Lehr- und Lernfreiheit zur Verfassungsfrage erhob, bis hin zu 1848 und der Paulskirchenverfassung, die garantierte: "Die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei." Die Legalisierung der Humboldtschen akademischen Freiheit hatten schließlich also, wie Joachim Bauer (Jena) unterstrich, die Studenten erstritten.

Bernhard vom Brocke (Kassel) zeigte am Fallbeispiel der Geschichte, wie die Gründung von forschungsintensiven Universitätsinstituten seit 1832 zur Ablösung der Vorlesungs- durch die Arbeitsuniversität führte und damit die alte Ordinarienuniversität infragestellte. Der zunehmende Wunsch nach außeruniversitären Forschungsinstituten ab 1890 erscheint symptomatisch. Vom Brocke ließ offen, ob diese Entwicklung als "Sprengung der Humboldtschen Universitätsidee" oder als deren "Vollendung" zu werten sei.

Die Einrichtung von Seminaren und Laboren in den Berliner Naturwissenschaften betrachtete Gert Schubring (Bielefeld). Sie geschah nicht eigentlich im Sinne Humboldts, sondern ministeriell gelenkt. In der Chemie existierten um 1850 drei Labore, die die Ordinarien exklusiv als ihre Forschungsressourcen betrachteten. Die Studenten beantragten ein viertes öffentliches Labor, das aber erst 1864 bewilligt wurde. Der Demokratisierung von Forschungsmitteln stand ihr Privathalten im kleinbetrieblichen Modell durch die Ordinarien entgegen. Dieselben Konflikte gab es in der Physik. Im übrigen konstituierten sich in Berlin entgegen der Gründungsidee bereits um 1880 Studienpläne für die Naturwissenschaften.

Mit seiner Schwerpunktsetzung auf klinikferne, theoretische Medizin hatte Humboldt die Medizin in Berlin 1810 vor eine Zerreißprobe gestellt. Es widersprach dem internationalen Trend zu klinischer Medizin und Lehrkrankenhaus vor allem in Paris und London, wie Cay-Rüdiger Prüll (Freiburg) beschrieb. Ab 1850 aber erwies sich die theoretische Akzentsetzung als Vorteil. Eine hervorragende deutsche Labormedizin entwickelte sich, die ins Ausland exportiert wurde. Für die Pathologie stellte Rudolf Virchows Berliner Institut *zwischen* Krankenhaus und Universität einen Sonderfall dar: Während man in London eine klinische Pathologie für die pragmatische Medizin am Lebenden aufbaute, betrieb man in Berlin theoretische Medizin (Zellforschung) am Toten. Insgesamt also begünstigte Humboldts Konzept einen "deutschen Sonderweg": die Effektivierung der theoretischen Medizin im universitären Forschungsinstitut.

Peter Lundgreen (Bielefeld) zog für die Schlußdiskussion Bilanz: Bedeuten die Ausdifferenzierung der Disziplinen und die Institutsgründungen um der Forschung willen eine Demokratisierung von Wissenschaft im Sinne einer Erfüllung von Humboldts Idee oder deren Auflösung? Wäre es sinnvoller, von einer Umdeutung der "Einheit der Wissenschaft" in Arbeitsteiligkeit zu sprechen, also von einem *Wandel* der Humboldtschen Wissenschaftsidee? Fakt bleibt, daß sich die Forschungsuniversität vom ursprünglichen Konzept Humboldts zunehmend entfernt und zu einer derart starken Fragmentierung von Wissenschaft geführt hat, daß allein noch den Studiengängen eine Einheitsfunktion zuzukommen scheint. Steven Turner spitzte die Frage zu: Hört nationale Universitätsgeschichte Ende des 19. Jahrhunderts auf, relevant für internationale Wissenschaftsgeschichte zu sein? Jedenfalls wäre Universitätsgeschichte um Professionsgeschichte zu ergänzen. Für Deutschland müßte sie, statt sich auf einzelne Universitätsstädte zu konzentrieren, stärker die föderalen Traditionen untersuchen. Bemerkenswert ist, daß die "Importeure" des klassischen deutschen Universitätsmodells alle scharfe Kritiker der Universität ihrer Zeit waren und deshalb den "Mythos Humboldt" brauchten. Die Chiffre "Humboldt" steht für eine Idee von Wissenschaft, die nie völlig zu realisieren ist, aber als Korrektiv zur bestehenden Wirklichkeit attraktiv und notwendig bleibt.